

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	I
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Einführung	1

Teil 1

Staatliche Geheimnisse und Menschenrechte

I. Erscheinungsformen des staatlichen Geheimnisschutzes	8
A. Schutz staatlicher Geheimnisse durch die Verwaltung	8
B. Schutz staatlicher Geheimnisse durch die Strafverfolgungsorgane	12
II. Prozessualer Schutz im Gerichtsverfahren	14
A. Außerstrafgerichtliche Verfahren	14
B. Strafverfahren	17
III. Einschränkung der Menschenrechte	19
A. Eingriffe durch die Verwaltung	19
B. Prozessrechtliche Beeinträchtigung im Gerichtsverfahren	20
1. Zurückhaltung	21
2. Einseitige Offenlegungen	23
a) Durch die Verwaltung	23
b) Durch die Anklagebehörde	26
3. Verwendung von Beweissurrogaten	28
4. Weitere flankierende Schutzmaßnahmen	31

Teil 2

Leitgedanken eines menschenrechtlichen Ansatzes

I. Erste Anknüpfungspunkte für eine menschenrechtliche Erfassung der staatlichen Geheimnisse bzw. nationalen Sicherheit	34
A. Begriffsbestimmungen im nationalen Recht	35
B. Prozessuale Anwendung im Einzelfall	40

II. Konventionsrechtliche Vorgaben für das nationale Gerichtsverfahren	42
A. Rechtfertigungsgründe	42
B. Entscheidungsprozess	45
1. Entscheidungsinstanz	45
2. Kompetenzen	46
3. Entscheidungsgrundlage	46
4. Beteiligung der Verteidigung	47
C. Ausübung des nationalstaatlichen Ermessens	48
III. Merkmale der Prüfung des EGMR	49

Teil 3

Schutz von Staatsgeheimnissen im Strafverfahren

I. Grundsätze einer fairen Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung	51
A. Anspruchsgrundlagen	51
B. Relevanz der Beweismittel	54
II. Einschränkung der Beschuldigtenrechte durch den prozessualen Schutz von Staatsgeheimnissen im Gerichtsverfahren	55
A. Einschlägige Grundlagen	55
B. Prüfungsstufen und -schemata	56
III. Rechtfertigungsgründe	58
A. Im Allgemeinen	58
B. Konkrete Gründe: Begründungspflicht	59
IV. Maßnahmen des primären Schutzes von Staatsgeheimnissen	61
A. Zurückhaltung	61
1. Verwaltung	61
2. Ermittlungsbehörde	62
a) Unabhängigkeit	62
b) Kompetenzen und Entscheidungsgrundlagen	63
3. Spätere Heilung durch das Rechtsmittelgericht	64
4. Exekutive als Entscheidungsinstanz in anderen Verfahrensarten	66
B. Einseitige Offenlegung	69
1. In camera-Verfahren durch den Richter in eigener Sache	70
a) Entscheidung über Verfahrenseinstellung aufgrund einer Tatprovokation	70
(1) Entscheidungsinstanz	70

(2) Beteiligung der Verteidigung	70
(3) Heilung durch das Rechtsmittelgericht	71
b) Entscheidung über Juryverfahren	73
c) Entscheidung über Schuld- und Straffrage	74
d) Entscheidung über die vollständige Verweigerung des Aktenzugangs durch die Anklagebehörde	76
(1) Entscheidungsinstanz	76
(2) Kompetenzen	78
(3) Entscheidungsgrundlagen	79
(4) Beteiligung der Verteidigung und Verhältnismäßigkeit	80
e) Zwischenergebnisse	80
2. Richter des Juryverfahrens	82
a) Entscheidungsinstanz	82
b) Beteiligung der Verteidigung im Entscheidungsprozess	82
3. Richter eines anderen Gerichts	86
V. Maßnahmen des sekundären Schutzes von Staatsgeheimnissen	87
A. Einschränkung des Aktenzugangs	87
B. Ausschluss der Öffentlichkeit	89
C. Nichtbekanntgabe der Urteilsgründe	91

Teil 4

Folgerungen und Zwischenergebnis	93
---	-----------

Teil 5

Befragung von Belastungszeugen als Garantie eines fairen Verfahrens

I. Hinführung	97
II. Historische Entwicklung: Erste Phase	100
A. Definition des Zeugenbegriffs	100
B. Interessenkonflikt bei gefährdeten Belastungszeugen und konventions- rechtlicher Ansatz zu dessen Lösung	102
C. Entstehung der allgemeinen Wesensgehaltsgarantie bei Verwendung von Beweissurrogaten	104
1. Ausgangsfall	104
2. Konventionsrechtliche Zulässigkeit von Beweissurrogaten	105
3. Verletzung des Art. 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 lit. d EMRK	106
D. Offene Fragen der allgemeinen Wesensgehaltsgarantie	107
E. Besonderer Anwendungsfall: anonymer Belastungszeuge	108

1.	Fortsetzung im Lichte der allgemeinen Rechtsprechung	108
2.	Erweiterung der Wesensgehaltsgarantie bei anonymen Belastungszeugen	110
3.	Entwicklung einer neueren Rechtsprechung	111
4.	Offene Wechselwirkung	114
5.	Gegenläufige Tendenzen; weiterhin offene Wechselwirkungsfrage	116
6.	Weitere Vertiefung des Fallrechts – Kasuistischer Zickzackkurs	119
F.	Bewertung dieser Rechtsprechung in der Literatur	122
III.	Historische Entwicklung: Zweite Phase	124
A.	Revidierung der sole or decisive-Regel	124
1.	Einschränkungskraft eines Rechtfertigungsgrundes	124
2.	Zwecke des Art. 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 lit. d EMRK	126
3.	Kein Beweisverwertungsverbot bei der Verwendung von Beweissurrogaten	126
B.	Neue Leitgedanken	128
1.	Gefahr bei anonymen Zeugenaussagen	128
2.	Offener Maßstab	130
C.	Wechselwirkung der einzelnen Prüfungsstufen und die Reihenfolge	133
D.	Versuch einer systematischen Darstellung des Rechts auf eine konfrontative Befragung	135

Teil 6

Gewährleistungsinhalt des Befragungsrechts

I.	Sachlicher Inhalt der konfrontativen Befragung	136
II.	Zeitliche Geltung des Art. 6 Abs. 3 lit. d EMRK	139
III.	Gerichtliche Pflichten	141

Teil 7

Beschränkungen des Befragungsrechts

I.	Einschränkungsgründe	143
A.	Gefährdung öffentlicher Interessen	145
B.	Gefährdung persönlicher Rechtsgüter	146
II.	Entscheidungsprozess zum Schutz von Staatsgeheimnissen beim Zeugenschutz	147
A.	Behördliche Sperrverfügungen	148

1. Entscheidungsinstanz	148
2. Kompetenzen	148
3. Entscheidungsgrundlagen	149
B. Überprüfung durch eine neutrale Instanz	150
III. Gefährdung des Belastungszeugen	152
A. Prüfungsumfang des EGMR	152
B. Allgemeine Umstände	153
C. Befürchtungen des Belastungszeugen	155
D. Zurechenbare Gefährdungen	155
IV. Gewicht der nicht geprüften Zeugenaussagen bei einer Verurteilung	157
A. Bedeutung der Gewichtsfrage	157
B. Feststellung des Gewichts	159
V. Verhältnismäßigkeit zwischen dem Rechtfertigungsgrund und der konkreten Einschränkung	160
A. Angemessenheitsprüfung	161
B. Besonderer Fall des Verdeckten Ermittlers	162
C. Reichweite der Verhältnismäßigkeitsprüfung	164
1. Unklare Relevanz bei der Verletzung des Art. 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 lit. d EMRK	164
2. Kein Ersatz für die frühere strenge Anwendung der sole or decisive-Regel	164
3. Weitreichende Beurteilungskompetenz nationaler Gerichte	165
4. Kein Anspruch auf die günstigste Methode	167
VI. Prozessualer Ausgleich	168
A. Ausgangspunkt	168
B. Einschränkungen im Überblick nach drei Gruppen von Belastungszeugen	169
C. Ausgleichsmaßnahmen	170
D. Allgemeine Vorgehensweise der Entscheidungsinstanz	171
1. Faire Prozessführung	171
2. Beweiswürdigung	172

Teil 8

Einzelmaßnahmen zum Schutz von Belastungszeugen

I. Ausschluss der Öffentlichkeit	174
II. Vernehmung des Belastungszeugen unter Geheimhaltung seiner Identität ...	176

III. Vernehmung mit räumlicher, akustischer oder optischer Abschirmung	177
A. Tonübertragung bei der ermittelungsrichterlichen Vernehmung	177
B. Tonübertragung bei der Zeugenvernehmung in der Hauptverhandlung	179
IV. Ausschluss des verteidigten Beschuldigten	181
A. Richterliche Vernehmung in Anwesenheit des Verteidigers	181
B. Gerichtliche Vernehmung des Zeugen in Anwesenheit des Verteidigers	183
V. Ausschluss der Verteidigung	184
A. Vernehmung durch das Tatgericht	184
1. Verdeckter Ermittler	184
2. Verzicht auf Ausgleichsmaßnahmen	186
3. Privater Belastungszeuge	187
B. Vernehmung durch den kommissarischen Richter	187
VI. Verwendung von Beweissurrogaten	188
A. Einschränkungen des Rechts auf eine konfrontative Befragung des Belastungszeugen	188
B. Anhörung von Vernehmungsbeamten und schriftliche Fragestellung	190
Ausblick	192
Literaturverzeichnis	195
Zentrale Entscheidungen	198
Journalisten und Staatsgeheimnisse	198
Sicherheitsüberprüfungen	198
Ausweisungen und Staatsgeheimnisse	199
Staatsbedienstete und Staatsgeheimnisse	199